

Im Interview: Staatssekretärin  
Barbara König

Seite 3

Ulker Radziwill: Aufruf zur  
Seniorenwahl

Seite 4

Thomas Isenberg:  
Cannabis entkriminalisieren

Seite 9

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 3 · 67. JAHRGANG

4. MÄRZ 2017

## Ein starkes Stadtwerk für alle

Bezahlbar und klimabewusst: Mit einem starken Stadtwerk wollen wir allen Berlinerinnen und Berlinern saubere Energie zu fairen Preisen anbieten. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, das ist unsere tiefe Überzeugung. Auf Initiative der Berliner SPD sind deshalb 2014 die „Berliner Stadtwerke“ gegründet und etabliert worden.

Mit unseren neuen Koalitionspartnern gehen wir nun den nächsten Schritt: Wir machen das Stadtwerk zu einem handlungsfähigen Akteur auf dem Energiemarkt. Dazu statten wir das Berliner Stadtwerk nicht nur mit Eigenkapital aus, sondern ermöglichen auch den Handel mit Ökostrom.



Foto: Dirk Bleicker

Dadurch können künftig alle Berlinerinnen und Berliner regional erzeugten Strom und Wärme auf Basis erneuerbarer Energien aus kommunaler Hand beziehen. Das verringert nicht nur die Abhängigkeit Berlins von Rohstoffen. Bezahlbare Energie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und sichert so Arbeitsplätze in der Stadt. Vor allem aber setzen wir über die Grenzen Berlins hinaus ein Zeichen für den Klimaschutz und zeigen, wie die Energiewende auch in Metropolen machbar und bezahlbar für alle ist.

Michael Müller □



## Ein Tag als Altenpflegerin

Mehr als 42.000 Beschäftigte arbeiten in Berlin in der ambulanten oder stationären Pflege. Der vorwiegende Anteil davon sind Frauen – denn trotz Erfolgen in der Gleichstellungspolitik gibt es sie noch, die typischen Frauen- und Männerberufe. Die Neu-Abgeordnete Derya Çağlar, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, machte für die BS den Praxis-Test in einem typischen Frauenberuf. **Fortsetzung Seite 2** Foto: Fabian Roth

## Treiber der Energiewende

### Abgeordnetenhaus beschließt Ausbau des Stadtwerks

**Das Berliner Stadtwerk soll zu einem wichtigen kommunalen Energieversorger ausgebaut werden. Das beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus Mitte Februar mit den Stimmen der rot-rot-grünen Regierungskoalitionen.**

Um wachsen zu können, soll das Unternehmen 100 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre erhalten. Damit soll es alle BerlinerInnen künftig in großem Stil mit ökologisch erzeugtem Strom sowie Gas und Wärme versorgen und auch mit Ökostrom handeln dürfen.

Die „Entfesselung des Stadtwerks“ sei ein Meilenstein auf dem Weg der sozial-ökologischen Umgestaltung der Stadt. „Wir wollen Berlin zum Vorreiter beim Klimaschutz machen“, sagte Wirtschaftssenatorin Ramona Pop. Das Stadtwerk ist eine Chance für Berlin“, so der SPD-Abgeordnete und Energieexperte Jörg Stroedter. „Ziel der von

uns ins Parlament eingebrachten Gesetzesänderung ist, dass die Berlinerinnen und Berliner künftig regional erzeugte Elektrizität, Gas und Wärme auf Basis erneuerbarer Energien beziehen können. Das ist verbraucherfreundlicher, effizienter, sozialer und klimaverträglicher.“

Das derzeit noch kleine Stadtwerk war 2013 von der damaligen großen Koalition nach einem Volksentscheid gegründet worden, bei dem sich rund 600.000 Berlinerinnen und Berliner für die Schaffung eines Stadtwerks ausgesprochen hatten. Allerdings setzte die CDU damals durch, dass der Energieversorger klein bleibt. So durften die Stadtwerke zwar Strom aus den wenigen eigenen Anlagen verkaufen, aber nicht – wie alle anderen Versorger – an den Energiebörsen dazu- oder weiterverkaufen. Aktuell hat es lediglich etwa 2.500 Kunden.

**Fortsetzung Seite 10**

# Mein Tag als Altenpflegerin

Die SPD-Abgeordnete Derya Çağlar war Kurzzeitpraktikantin in einem Altenpflegeheim

**Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Trotz vieler Erfolge in der Gleichstellungspolitik gibt es immer noch viele Klischees. Zum Beispiel in typischen Frauen- und Männerberufen. Derya Çağlar, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, hat sich einen Tag lang einen „Frauenberuf“ angeschaut und mitgearbeitet.**

Als frisch gewählte Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses muss ich mich mit Themen beschäftigen, die bisher nicht zu meinem Alltag gehören. Der Bereich Pflege ist eines dieser Themen.

Um einen Eindruck des Alltags einer Pflegekraft zu bekommen, mache ich ein Praktikum. Der Tag beginnt früh. Pünktlich um 7.00 Uhr werde ich von der Heimleitung empfangen. Herrn Perkiewicz, groß, Brille, förmliches Auftreten, nimmt mich aufgeschlossen und herzlich im Berliner Seniorenpflegeheim Hermann-Radtke-Haus in Empfang. Die Altenpflegerin Bettina wird mich durch den Tag begleiten. Sie trägt ein pinkfarbenes Polo-Shirt, alles wirkt herzlich, nicht steril.



Im Gespräch mit der 90-jährigen Frau Hylla

In den ersten zwei Stunden gehen wir von Zimmer zu Zimmer. Zahlreiche Aufgaben werden von den Pflegekräften erledigt. Haare kämmen, Bettwäsche wechseln und Ankleiden sind Aufgaben, die ich ohne Fachausbildung auch selbst erledigen konnte. Vieles kann im Alter nicht mehr ohne professionelle Hilfe erledigt werden. Während ich Brote schmiere, fällt mir auf, wie einfühlsam und gut gelaunt die Pflege-



Derya Çağlar ist beeindruckt von der menschlichen Wärme, die die Pflegerinnen und Pfleger jeden Tag aufbringen.

Fotos: Fabian Roth

kräfte mit allen Bewohnern umgehen. Persönliche Gespräche, gepaart mit Fachwissen, erlebe ich hier hautnah. Medizinische Details sind genauso parat wie das persönliche Lieblingsgetränk.

## LEDIGLICH 15 PROZENT MÄNNER

Bemerkenswert finde ich, wie empathisch, geduldig und gut strukturiert alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hermann-Radtke-Hauses den Arbeitsalltag gestalten. Seelische Fürsorge ist ein genauso wichtiger Teil der Pflegearbeit wie das medizinische und pflegerische Wissen und Können. Leider zeigt sich, dass für die Gespräche nicht immer die Zeit bleibt, die alle Beteiligten gerne hätten. Häufig unterbricht eine Klingel die Arbeit und signalisiert, wo die Pflegekräfte dringender gebraucht werden.

Ich führe viele Gespräche. Hier zeigen sich die Probleme des Pflegeberufs. Die physischen und psychischen Belastungen sind hoch. Schichtdienst ist für Arbeitende und ihre Familien oft eine hohe Belastung. Der Pflegeberuf ist außerdem ein klassischer Frauenberuf. Lediglich 15 Prozent der Angestellten im Hermann-Radtke-Haus sind Männer. Oft werden typische Frauen- und Männerberufe über den Grad der körperlichen Anstrengung definiert. Wenn ein

pflegebedürftiger Mensch aber „mal kurz“ angehoben werden muss, merkt man, dass der Grad der körperlichen Belastung nicht der Grund sein kann, wieso der Beruf als typisch weiblich gilt. Der Job ist harte Arbeit – Frauen und Männer leisten Großartiges.

Für die Heimleitung ist es nicht einfach, Nachwuchs zu finden – trotz der zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen und des recht sicheren Arbeitsplatzes. Neben aller Härte ist die Tätigkeit für alle geeignet, die Menschen helfen wollen und in einem familiären und teamorientierten Umfeld arbeiten möchten.

Es ist geplant, beispielsweise an Schulen für die Attraktivität des Berufs zu werben und mehr junge Menschen für eine pflegeorientierte Ausbildung zu gewinnen.

Mit gemischten Gefühlen und unzähligen Eindrücken habe ich meinen Praktikums-tag beendet. Ich bin beeindruckt von der menschlichen

Wärme, die Pflegerinnen und Pfleger jeden Tag aufbringen. Viele Einzelschicksale haben mich zutiefst berührt. Allein sein im Alter ist eine Vorstellung, die mich beängstigt. Es ist aber beruhigend zu wissen, dass es Menschen gibt, die in dieser Einsamkeit Halt geben. □

*Derya Çağlar ist seit 2016 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Sprecherin für Gleichstellung der SPD-Fraktion.*

Leider fehlt für Gespräche oft die Zeit. Häufig unterbricht eine Klingel die Arbeit



# „Transparenz und gleiche Bezahlung“

Barbara König über Lohngerechtigkeit und Hilfesysteme beim Schutz vor Gewalt

**Die rot-rot-grüne Koalition hat sich in Sachen Gleichstellung viel vorgenommen. Eine Überschrift im Koalitionsvertrag lautet: „Die Hälfte der Macht den Frauen“. Über bestehende Hürden und Etappenziele auf den Weg zu einer 100-prozentigen Geschlechtergerechtigkeit sprach die BS mit der neuen Staatssekretärin für Pflege und Gleichstellung Barbara König.**

*Berliner Stimme: Frau König, der Senat hat sich ein 100-Tage-Programm gegeben. Woran merken die Berlinerinnen im Alltag spätestens am 19. April, dass Berlin geschlechtergerechter geworden ist?*

*Barbara König: Eine geschlechtergerechtere Stadt schafft man natürlich nicht in 100 Tagen. Im 100-Tage-Programm des Senats ist allerdings bereits ein wichtiges gleichstellungspolitisches Thema enthalten: die Aktion „Nein heißt Nein“, die auf die Verschärfung des Sexualstrafrechts hinweist und Frauen stärkt. Dafür hat sich Berlin im Bundesrat stark gemacht. Grundsätzlich gibt es aber durch Rot-Rot-Grün eine offenere Herangehensweise an das Thema Geschlechtergerechtigkeit. Im Koalitionsvertrag steht: „Die Hälfte der Macht den Frauen“. Das schaffen wir mit konsequenter Frauenförderung und einer Gleichstellungspolitik, die auch die Männer einbezieht.*

*Im Bund kämpft die SPD für die Verabschiedung eines Lohngleichheitsgesetzes – gegen den Widerstand der Union. Laut dem Gesetzesentwurf sollen Frauen erst in Unternehmen ab 200 Beschäftigten Auskunft darüber verlangen können, welchen Lohn dort die Männer für eine gleichartige Tätigkeit erhalten. Nun gibt es in Berlin viele kleine Dienstleistungsbetriebe, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Was kann das Land Berlin für diese Frauen in punkto Lohngerechtigkeit tun?*

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist seit vielen Jahren ein Ziel der SPD und dem fühlt sich die neue Koalition verpflichtet. Wir brauchen eine klare und konsequente Politik des Bundes. Wir reden als Land Berlin dazu im Bundesrat mit, R2G noch deutlicher als Rot-Schwarz. Das Lohngleichheitsgesetz ist ein Schritt in die richtige Rich-

**„Die Arbeitswelt muss sich an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen anpassen und nicht umgekehrt“**



Barbara König ist seit Dezember 2016 Staatssekretärin für Pflege und Gleichstellung. Zuvor war sie Landesgeschäftsführerin der Berliner Arbeiterwohlfahrt (AWO). Foto: Privat

tung, aber muss natürlich weiterentwickelt werden. Wir wollen nicht nur mehr Transparenz, sondern tatsächlich gleiche Bezahlung.

*Mehrere Studien zeigen, dass Unternehmen viel Einfluss darauf haben, wie gut sich Beruf und Familie für Mütter und Väter mit kleinen Kindern vereinbaren lassen. Wie wollen Sie jenseits des öffentlichen Dienstes die Unternehmens- und Führungskultur in Berlin hin zu mehr flexiblen Arbeitsmodellen verändern?*

Die Arbeitswelt muss sich an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen anpassen und nicht umgekehrt. Wir müssen als Land die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür schaffen. Es geht erstens um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und damit meine ich ausdrücklich auch die Pflege von älteren Angehörigen – und zweitens den Kulturwandel in Unternehmen, zum Beispiel für flexiblere Arbeitszeiten.

*Ein Schwerpunkt im Gleichstellungskapitel des Koalitionsvertrages ist ein verstärkter Schutz vor Gewalt an*

*Frauen. Im Jahr 2015 wurden der Berliner Polizei 14.500 Fälle häuslicher Gewalt gemeldet, die Dunkelziffer liegt weit höher. Trotz gestiegener Plätze in den Frauenhäusern kehrt rund die Hälfte der Bewohnerinnen wieder zu ihren Lebenspartnern zurück, weil sie ihren Partnern noch eine Chance geben wollen. Wie verändert man dieses „Denkmuster“?*

**„Wir haben in Berlin sechs Frauenhäuser mit 326 Plätzen“**

Indem wir die betroffenen Frauen noch intensiver über die bestehenden Hilfsangebote informieren. Opfer häuslicher Gewalt sind nicht alleine und ihnen wird geholfen. Wir haben in Berlin sechs Frauenhäuser mit 326 Plätzen, 41 Zufluchtswohnungen mit 117 Plätzen für Frauen und Kinder sowie fünf Interventions- und Fachberatungsstellen. Dazu kommt die BIG-HOTLINE, die ergänzende Anlaufstelle bei BIG für die Nachtstunden, an Wochenenden und Feiertagen sowie die BIG-Koordinierung. Sogenannte „Zweite-Stufe-Wohnungen“ sorgen zusätzlich dafür, betroffene Frauen bei der Wiedererlangung ihrer Selbständigkeit zu unterstützen und die Aufenthaltsdauer in Frauenhäusern zu reduzieren. Es gibt ein gut aufgestelltes und breites Hilfesystem. Das gilt es zu erhalten und bei Bedarf zu erweitern. □

Fragen: Christina Bauermeister

# Bitte wählen gehen!

Seniorenwahlen vom 27. bis 31. März in Berlin

Gesundheitsversorgung im Kiez. Seniorengerechter, bezahlbarer Wohnraum. Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Sicherheit und Barrierefreiheit in der Stadt. Gute Pflege. Dies sind nur einige der Themen, die für ältere Menschen von großer Bedeutung sind und um die sich die derzeit 189 Seniorenvertreter engagiert kümmern. Sie sind die ehrenamtlichen Interessenvertreter für ein Viertel der Berliner Bevölkerung, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Fast 900.000 Berlinerinnen und Berliner ab 60 Jahre sind derzeit dazu aufgerufen, ihre Seniorenvertretungen in den Bezirken vom 27. bis 31. März zu wählen. „Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und stärken Sie die politische Teilhabe der Berliner Seniorinnen und Senioren“ sagt Ülker Radziwill, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Die ehrenamtlichen Seniorenbeiräte vertreten die Interessen der älteren Generationen und sind Mittler zur lokalen Politik“, so Radziwill weiter.

## 296 KANDIDATEN STEHEN ZUR WAHL

Als erstes Bundesland hat das Land Berlin ein Seniorenmitwirkungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz fördert seit über zehn Jahren die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben.

- Alle über 60 Jahren, die ihren Hauptwohnsitz in Berlin haben, können an den Seniorenwahlen in ihrem Bezirk teilnehmen. Die bezirklichen Seniorenvertretungen arbeiten in der Bezirksverordnetenversammlung mit, beraten Seniorinnen und Senioren und vertreten die Interessen der älteren Generation in der Öffentlichkeit.

- Auf Landesebene ist die Landesseniorenvertretung aktiv. Zusätzlich berät der Landesseniorenbeirat das Abgeordnetenhaus und den Senat in seniorenpolitisch wichtigen Fragen.

- Eine breit getragene, aktive Seniorenvertretung kann sich wirkungsvoll für die Interessen der älteren Berlinerinnen und Berliner einsetzen.

Wir wollen die Berlinerinnen und Berliner besser über diese Möglichkeit informieren und die Rechte der Seniorenvertretungen stärken. Daher haben wir das Seniorenmitwirkungsgesetz im Juni 2016 neu gefasst: Die Verwaltung ist verpflichtet, die Senio-

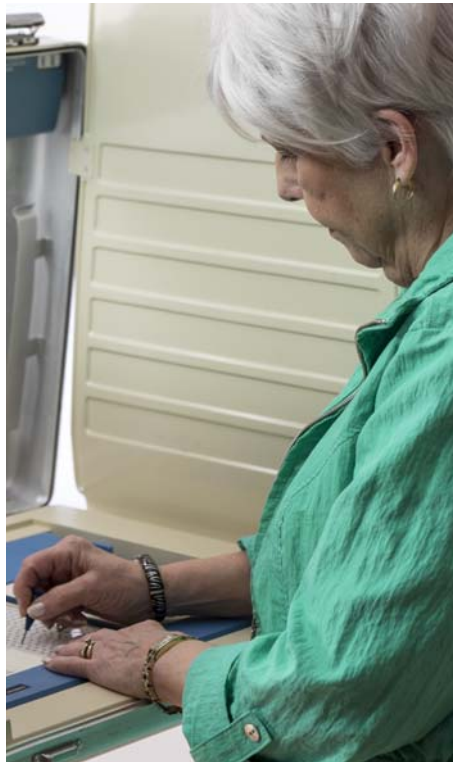


Foto: Burlingham - Fotolia

renvertretungen zu unterstützen, zu informieren und bei der Erarbeitung wichtiger Vorlagen zu beteiligen.

Die Seniorenvertretungen haben Rede- und Schreibrecht in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung und können ihre Anliegen einbringen. Die Seniorengremien werden durch eine Geschäftsstelle unterstützt. Die neugewählten bezirklichen Seniorenvertretungen werden zudem durch Schulungen gestärkt.

## ERSTMALS BRIEFWAHL MÖGLICH

Zur Wahl zugelassen sind in den zwölf Bezirken 296 Kandidatinnen und Kandidaten. Von den Bezirksämtern werden per Aushang die KandidatInnen-Listen veröffentlicht und im Internet unter „ü60.berlin - Wahl-Infos Bezirke“ sind die Listen abrufbar.

Den neuen bezirklichen Seniorenvertretungen können maximal 17 Mitglieder pro Bezirk angehören und werden auf der Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes für fünf Jahre berufen. Die Wahlberechtigten können die Kandidierenden vorab kennenlernen. Pro Bezirk gibt es mindestens drei Vorstellungstermine. □

Ausführliche Informationen unter:  
<http://ü60.berlin>

## KULTUR

# Klarheit bei Einheitsdenkmal

**Es tut sich etwas in Berlins historischer Mitte. Im Februar haben die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen beschlossen, das umstrittene Freiheits- und Einheitsdenkmal in Form einer großen Waage auf der Berliner Schlossfreiheit zu bauen.**

Als Abgeordnete für den Wahlkreis Berlin-Mitte respektiere ich diese Entscheidung. Auch ich möchte die friedliche Revolution der DDR-Bevölkerung und die deutsche Einheit angemessen würdigen.

2007 und 2008 hatte der Deutsche Bundestag in zwei Beschlüssen entschieden, das Denkmal in dieser Form und an diesem Standort zu errichten. Danach gab es immer wieder Zweifel, ob eine Realisierung des Denkmals in der geplanten Form und an dem vorgesehenen Ort möglich ist. Auch ich hatte Bedenken: Historische Bezüge, Fledermäuse, barrierefreier Zugang und Mosaiken und nicht zuletzt die Verbindung zum Humboldt Forum waren Gründe, den Standort in Frage zu stellen. Zudem empfahl der Haushaltsausschuss im April des vergangenen Jahres, das Projekt wegen einer drohenden Kostensteigerung nicht fortzuführen.

## DIALOGVERFAHREN BEI BAUAKADEMIE

In einem von der SPD-Bundestagsfraktion initiierten Fachgespräch im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages wurden diese Probleme geklärt. Es ist gut, dass jetzt Klarheit von Seiten des Bundes herrscht und die Pläne umgesetzt werden. Und es ist gut, dass wir in Berlin-Mitte dann einen lebendigen Ort haben, an dem wir an Freiheit und Einheit denken und an die friedliche Revolution erinnern.

Ebenfalls im Februar gab es das erste Dialogtreffen zur Entwicklung eines Nutzungskonzeptes für die Bauakademie. Bereits im vergangenen Jahr hat der Bundestag beschlossen, 62 Millionen Euro für ihre Wiedererrichtung an historischer Stelle bereitzustellen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat sich im Vorfeld dazu entschlossen, BürgerInnen an der Debatte über die Wiedererrichtung der Bauakademie zu beteiligen. Das dreistufige Dialogverfahren wird von der Bundesstiftung Baukultur organisiert. Die nächsten Termine finden statt am 22. März sowie am 3. Mai. □

*Eva Högl ist MdB aus Mitte und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien.*



# Handeln für einen lebendigen Kiez

## Cansel Kiziltepe über steigende Gewerbemieten in Friedrichshain-Kreuzberg

Die immer weiter ansteigenden Mieten betreffen nicht nur Mietwohnungen. Auch bei den Gewerbemieten sind die stark ansteigenden Mieten ein großes Problem, insbesondere für Klein- und Kleinstgewerbe sowie Vereine und Initiativen.

Aktuell ist in besonderem Maße mein Wahlkreis und Heimatbezirk Friedrichshain-Kreuzberg von rasant steigenden Gewerbemieten und Kündigungen betroffen. So sind unter anderem das Antifaschistische Pressarchiv und Bildungszentrum (apabiz), der Gemischtwarenladen Bantelmann und das Café Bistro Filou akut bedroht. Diese kurze Aufzählung zeigt bereits, dass die drohende Verdrängung von Gewerbe, Vereinen und Initiativen alle betrifft – egal, um welche Einrichtung es sich handelt und wie lange diese jeweils vor Ort aktiv ist.

Eine Folge einer solchen Verdrängung von Gewerbemietern wird sein, dass es künftig möglicherweise keine wohnortnahe Versorgung mehr mit Haushaltswaren oder auch Backwaren geben wird. Dies wiederum zieht für viele Menschen, insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen eine starke Einschränkung ihres Alltags nach sich. Darüber hinaus sind gemeinnützige Vereine und Initiativen bedroht, da diese ebenfalls gewerbliche Mieter sind.

Der Berliner Senat hat bereits 1994 eine Bundesratsinitiative zur Deckelung von Gewerbemieten eingebracht. Diese wurde damals jedoch von Bundesrat und Bundestag abgelehnt. Die Verantwortlichkeit für Gewerbe und Gewerbemieten liegt innerhalb des Berliner Senats bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft. Aus diesem Grund war es auch innerhalb der vergangenen Koalition nicht möglich, bereits frühzeitig eine neue Initiative zum besseren Schutz von Gewerbemietern und -mietern zu starten.

Die Probleme der Verdrängung von Klein- und Kleinstgewerben in innerstädtischen Lagen ist dabei kein berlinspezifisches Problem, sondern auch in vielen Städten in ganz Deutschland bekannt. Daher ist eine neue Bundesratsinitiative geboten.

Aus diesem Grund habe ich gemeinsam mit meiner Abteilung und meinem SPD-Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg be-



Die Zukunft des Café Bistro Filou ist ungewiss: Das Foto zeigt Cansel Kiziltepe (3. v.l.), die Betreiber sowie UnterstützerInnen.

Foto: Büro Kiziltepe

reits 2015 einen entsprechenden Antrag vorbereitet und auf Landesebene eingebracht.

Gemeinsam haben wir als Berliner SPD auf dem Landesparteitag beschlossen, dass wir Gewerbemietern und -mieter besser schützen wollen. Wir fordern darin einen Ausschluss von Kündigungen zum Zweck der Mietererhöhungen, die Erstellung eines eigenen Mietgewerbespiegels sowie eine Mietpreisbremse für Gewerbemieten. Es ist uns gelungen, diese sozialdemokratische Position im Koalitionsvertrag des neuen rot-rot-grünen Senats festzuschreiben.

Nun liegt es an der Wirtschaftssenatorin, eine neue Bundesratsinitiative vorzubereiten und hierfür bei anderen Landesregierungen zu werben. Denn ein besserer Schutz für die Gewerbemietern und -mieter ist zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik.

Nur wenn wir die dramatische Entwicklung im Bereich der Gewerbemieten stoppen, können wir lebendige Kieze und lebenswerte Innenstädte sichern – in Berlin und bundesweit. □

*Cansel Kiziltepe ist MdB aus Friedrichshain-Kreuzberg und Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages.*

### AUSZEICHNUNG

## Hirschfeld-Preis ausgelobt

**2017 wird der Magnus Hirschfeld Preis zum 6. Mal durch die SPD Berlin und SPDqueer Berlin verliehen.**

Mit dem Preis soll die herausragende Arbeit von Einzelpersonen bzw. deren Lebensleistung und von Institutionen/Projekten im queeren Bereich geehrt werden. Benannt ist der Preis nach dem deutschen Sexualwissenschaftler und Mitbegründer der ersten Homosexuellenbewegung. Hirschfeld starb am seinem 67. Geburtstag im politischen Exil in Nizza.

Die Schirmherrschaft hat in diesem Jahr der ehemalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit übernommen. Der Auslobungszeitraum endet am Sonntag, dem 9. April 2017. Bewerbungen müssen an die SPDqueer Berlin, c/o SPD Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an [Magnus\\_Hirschfeld\\_Preis\\_2017@spd.de](mailto:Magnus_Hirschfeld_Preis_2017@spd.de) gesandt werden.

2015 ging die Auszeichnung an das Schwule Museum Berlin in der Kategorie Institution/Projekt sowie an das Gründungsmitglied des Sportvereins Seitenwechsel für FrauenLesbenTrans\*Inter\* und Mädchen e.V. Conny Hendrik Kempe-Schällicke. PM □

„Die drohende Verdrängung von Gewerbe, Vereinen und Initiativen betrifft alle“

## FRAKTION INTERN

## NEUE CANNABIS-POLITIK

Mehr als 150 TeilnehmerInnen sind zur Fraktionsveranstaltung „Eine neue Cannabis-Politik ist nötig! Eckpunkte einer neuen Drogenpolitik in Berlin“ gekommen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh sagte in seinem Grußwort: „Wir dürfen die Diskussion nicht den Innenpolitikern überlassen, sondern müssen sie im Bereich der Gesundheits-, Präventions- und Stadtpolitik führen.“ Der gesundheitspolitische Sprecher Thomas Isenberg betonte: „Wir dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg reden, sondern müssen an deren Alltag anknüpfen.“ Gemeinsam mit vielen Fachleuten aus Politik, Medizin, Prävention sowie der Drogen- und Suchtberatung wurde darüber diskutiert, wie und welche Arbeitsvorhaben umgesetzt werden können. *Dazu mehr auf Seite 9*

## FAIRE VERGÜTUNG

Zum ersten Sondierungstermin zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitgebersseite zur Neuverhandlung des Studentischen Tarifvertrags sagt die wissenschaftspolitische Sprecherin Ina Czyborra: „Wir begrüßen als Koalition außerordentlich, dass es nun endlich zu Verhandlungen kommt. Im Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, hier auch im Hinblick auf steigende Lebenshaltungskosten zu einer Weiterentwicklung zu kommen.“ Studentische Beschäftigte seien keine Kopiergehilfen. In der Regel übernehmen sie verantwortungsvolle Tätigkeiten wie etwa Tutorien oder auch Studienberatung. Der Tarifvertrag hat zudem eine Vorbildfunktion für viele weitere Arbeitgeber, die in Anlehnung an diesen Studierende beschäftigen.

## 38 MIT KÖPFCHEN

Die SPD-Fraktion hat die Broschüre „Fraktionkompakt“ neu aufgelegt. Sie bietet einen guten Überblick über alle 38 Abgeordneten der Fraktion sowie eine Liste der neuen fachpolitischen SprecherInnen. Die Broschüre ist im Internet als PDF unter [www.spdfraktion-berlin.de/publikationen](http://www.spdfraktion-berlin.de/publikationen) erhältlich und direkt bei der Pressestelle der Fraktion. Dort gibt es auch die aktuelle Postkarte zum Frauentag am 8. März. **cs** □

## Sprachlos bei Gerechtigkeit

Fachausschuss diskutierte über Rechtspopulismus



Demokratieforscher Heiko Giebler und Mirjam Blumenthal

Foto: U. Schulte-Döinghaus

**Demokratieforscher Heiko Giebler vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) war am 28. Februar zu Gast beim SPD-Fachausschuss „Strategien gegen rechts“.**

Wie kommt es, dass der sogenannte Rechtspopulismus Zulauf hat – und das in vielen Ländern zugleich? Und wichtiger noch: Was können Sozialdemokraten tun, um den verheerenden Trend zu stoppen?

Diese Fragen standen im Zentrum einer Veranstaltung des Berliner SPD-Fachausschusses „Strategien gegen rechts“ im DGB-Haus. Geladen war der promovierte Demokratieforscher Heiko Giebler, der im renommierten Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) arbeitet. Ihn begrüßte die stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses, Mirjam Blumenthal.

Weitverbreitet ist, dass Mitläufer der Rechtspopulisten abgehängte Wählerinnen und Wähler am wirtschaftlichen Rand der Gesellschaft seien, gleichsam Opfer einer globalisierten neoliberalen Ellbogenökonomie. Wahlanalysen in Deutschland und Amerika zeigten aber, dass diese These nur zum Teil zutraf, verdeutlichte Heiko Giebler.

AfD-Wähler hierzulande und Trump-Wähler in den USA würden oft gut verdienen und seien durchaus gut (aus)gebildet. Sie sind womöglich ängstlicher und zukunfts pessimistischer – und diese Furchtsamkeit macht sie empfänglich für einfach

klingende Antworten auf die komplizierten Fragen unserer Zeit. Auf ihre Ratlosigkeit reagierten klassische Politiker in der Vergangenheit mal mit Wortgedröhn, mal mit verächtlicher Gleichgültigkeit. Das rächte sich. Weil sie die soziale und freiheitliche Demokratie und ihre Institutionen oft nicht kraftvoll und aktiv genug verteidigten.

## NATIONALE IDENTITÄT WIEDER WICHTIG

Clevere politische Unternehmertypen stießen in eine strategische Lücke, etwa der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders oder US-Präsident Donald Trump. Ihnen gelingt es, ihre Anhänger gegen die Eliten im Inland („Establishment“) ebenso aufzuheizen wie gegen Einwanderer oder Muslime in aller Welt. Zugleich haben Rechtspopulisten „nationale Identität“ wieder ins Spiel gebracht – ein Thema, das die klassische Politik womöglich vernachlässigt hat.

Der WZB-Forscher Heiko Giebler sieht die deutsche Sozialdemokratie zurzeit auf einem wirksamen Weg gegen rechts. Beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ seien Rechtspopulisten meist sprachlos, wahrscheinlich, weil sie in Wahrheit dem Establishment von Mittelstand und Wirtschaft verpflichtet sind. Dass die SPD wieder stark auf ihren politischen Kern setze, könne dem Rechtspopulismus à la AfD den strategischen Wind aus den Segeln nehmen, so Giebler abschließend.

Ulrich Schulte-Döinghaus □

„Beim Thema  
„soziale  
Gerechtigkeit“ sind  
Rechtspopulisten  
meist sprachlos“



# Glühender EU-Verfechter

Polit-Jungstar Emmanuel Macron profitiert von der ausgeprägten Parteienverdrossenheit

**Oliver Ronnisch ist stellv. Vorsitzender des Freundeskreises Paris der SPD. Der 44-Jährige kommentiert für die Berliner Stimme den französischen Präsidentschaftswahlkampf. Diesmal: der Aufstieg des unabhängigen Kandidaten Emmanuel Macron in den Umfragen.**

Nur Emmanuel Macron, ein parteiloser ehemaliger Investmentbanker, kann die immer stärker werdende rechtsradikale Nationale Front bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai noch stoppen. Das lassen jedenfalls die Umfragen glauben, nachdem Francois Fillon, der aussichtsreiche Kandidat der bürgerlichen Rechten, wegen der fiktiven Beschäftigung seiner Frau als seine parlamentarische Beraterin in der Wählergunst abgestürzt war.

Doch wer ist dieser Macron? Der 39-Jährige wurde von Francois Hollande 2014 als Wirtschaftsminister ins Kabinett geholt, um „verkrustete Strukturen“ aufzubrechen und so die lahrende französische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das Ergebnis war ein Gesetzespaket, das vom Notarwesens über die Sonntagsarbeit bis hin zu Fernbussen, ein großes Potpourri an Politikfeldern reformierte. Trotz Zugeständnissen an die Parteilinke konnte die Regierung das Gesetz am Ende nur per Dekret durchsetzen. Der Absolvent der Eliteuni ENA Macron nutzte die mediale Aufmerk-



Vom Außenseiter zum Hoffnungsträger: Emmanuel Macron.

Foto: LE WEB 2014

samkeit, um sich 2016 von der von ihm gegründeten Bewegung „en marche“ zum Kandidaten für die Präsidentschaft ausruufen zu lassen. Natürlich musste er das Kabinett verlassen. Relativ bald stellten sich Umfrageerfolge ein, dabei wurde jeder potentielle Kandidat der Sozialisten deklariert, Amtsinhaber Hollande inklusive.

Macron, der wirtschaftsliberale Positionen mit sozialen Einsprengseln vertritt und als glühender Verfechter der Europäischen Union auftritt, scheint von einer ausgeprägten Parteienverdrossenheit in Frankreich zu profitieren. Dass vereinzelt auch Mitglieder

der Sozialistischen Partei (PS) wie etwa der Bürgermeister von Lyon Gérard Collomb zu Macrons Unterstützern zählen, zeigt zudem, dass die Verdrossenheit bis in die PS reicht.

Ob Macrons Bewegung den drohenden Rechtsruck in Frankreich aufhalten kann, bleibt unklar. Der PS droht ein weiteres Auseinanderbrechen, auch durch den Rückzug von Vertretern des in der Vorwahl der PS unterlegenen rechten Parteiflügels. Der europäischen Sozialdemokratie steht eine weitere bittere Niederlage bevor.

Oliver Ronnisch □

## 30 Ehrenamtsprojekte für Berlin

Migrations- und Integrationsbeauftragte Özoğuz zu Gast in der Berliner Landesgruppe

**Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration Staatsministerin Aydan Özoğuz (Foto: 3.v.l.) war zu Gast in der SPD-Landesgruppe Berlin im Bundestag, um die Schwerpunkte ihrer Arbeit in dieser Legislatur vorzustellen.**

Seit ihrer Ernennung zur Staatsministerin hat Aydan Özoğuz daran gearbeitet, ihrem Arbeitsbereich mehr Gestaltungsspielräume und Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb des Kabinetts zu schaffen und als Ideengeberin für gesetzgeberische Initiativen zu wirken. Um diese Arbeit systematisch und fokussiert voranzubringen, wurden seit 2014 jedes Jahr Schwerpunktthemen gesetzt, die in zahlreichen Veranstaltungen, Untersuchungen und Projekten vorangebracht wurden. So stand das Jahr 2014 unter dem Thema „Arbeitsmarkt“, das Jahr 2015 unter „Gesundheit und Pflege“



und „Teilhabe“ war 2016 das Motto. In diesem Jahr wird auf Grund der politischen Entwicklungen und der Herausforderungen der vielen neu nach Deutschland gekommenen Menschen das Themenjahr „Teilhabe, Teil sein: Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft“ fortgesetzt. Das zentrale Augenmerk dieses Themenjahres

liegt auf den Bereichen Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsbiographie, Teilhabe von MigrantInnen im Sport, der Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs, Stärkung der MigrantInnenselbstorganisationen und der interkulturellen Öffnung der Behörden.

In ihrer Amtszeit hat Özoğuz erreicht, dass ihr Arbeitsbereich erstmals ein eigenes Budget in Höhe von 20 Millionen Euro zur Unterstützung von Vereinen und Projekten bereitstellen konnte. Damit werden Vereine und Projekte gefördert, die in den Bereichen Integration und Geflüchtetenhilfe arbeiten. Unterstützt wird vor allem die von ehrenamtlichen Aktiven geleistete Arbeit. Gefördert wurden allein in Berlin rund 30 Ehrenamtsprojekte, acht Frauenprojekte und über 60 Sportvereine.

M.G. □

# EU-Agentur für Robotik

Sylvia-Yvonne Kaufmann: Zukunftsfähige Wirtschaft zum Wohle der Menschen gestalten



Sylvia-Yvonne Kaufmann: „Auswirkungen von technischen Innovationen auf die Gesellschaft müssen besser erforscht werden.“

Foto: Europäisches Parlament

Die europäische Gesellschaft verändert sich immerfort, besonders der technische Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte wandelt zentrale Bereiche des täglichen Lebens radikal. Einen großen Anteil daran haben zunehmend Innovationen im Bereich Robotik und Künstliche Intelligenz (KI), die in immer neue Bereiche der Arbeitswelt Einzug halten. Um dieser rasanten Entwicklung einen rechtlichen Rahmen zu schaffen und Problemen zu begegnen, die aus dem Gebrauch von Robotern entstehen können, haben wir im Europäischen Parlament im Februar einen wichtigen Initiativbericht verabschiedet, der das Thema erstmals auf die Agenda setzt.

Aus vielen Branchen, wie der Automobilindustrie, sind Roboter bereits heute nicht mehr wegzudenken und übernehmen zunehmend mehr Aufgaben. Ob autonome Fahrzeuge, Pflegeroboter, Drohnen, intelligente Maschinen in der Fertigung: die mögliche Verwendung von Maschinen mit KI scheint fast unendlich. Ihre Weiterentwicklung eröffnet der europäischen Wirtschaft viele Chancen und hilft dabei, Unternehmen aus der EU international wettbewerbsfähig zu machen. Die rasante Weiterentwicklung und Verbreitung von Robotern wird viele Bereiche des Wirtschaftslebens und somit den Arbeitsalltag von Arbeitnehmern radikal ändern.

Um auf diese Entwicklung auch politisch angemessen zu reagieren, haben wir im Eu-

ropäischen Parlament nun Handlungsempfehlungen verabschiedet, die dabei helfen sollen, offene Fragen und rechtliche Unsicherheiten zu klären. Wir fordern mit unserem Beschluss die EU-Kommission dazu auf, das Thema aufzugreifen und entsprechende europäische Rechtsvorschriften auf den Weg zu bringen.

## WER HAFTET FÜR SCHÄDEN, DIE DURCH ROBOTER VERURSACHT WERDEN?

Denn zentrale Fragen im Umgang mit Robotern und KI in der EU sind bislang offen: Wer haftet für Schäden, die durch intelligente Roboter verursacht werden? Wie kann ein hohes Maß an Datenschutz bei der Datensammlung und -verarbeitung durch Roboter gesichert werden? Wie kann ethischen Fragen angemessen Rechnung getragen werden?

Die Klärung dieser Fragen und die Schaffung gemeinsamer europäischer Standards für den Umgang mit Robotern und KI ist essentiell, um Rechtssicherheit für Bürger sowie Unternehmen zu schaffen und eine Fragmentierung des europäischen Binnenmarktes durch unterschiedliche nationale Vorschriften zu verhindern.

In unserem Bericht machen wir Europaabgeordneten deutlich, dass die tatsächlichen Auswirkungen von technischen Innovationen wie KI in der Gesellschaft viel eingehender erforscht werden müssen.

„Der Einsatz von Robotern wird den Arbeitsalltag von vielen Arbeitnehmern radikal verändern“

Auch darum schlagen wir in unserem Bericht die Schaffung einer EU-Agentur für Robotik und Künstliche Intelligenz vor.

Für uns SozialdemokratInnen ist klar: Wir wollen Innovationen in der EU nicht im Wege stehen, aber Robotik und KI müssen in erster Linie den Bürgern zugutekommen. Gerade negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt muss aus unserer Sicht entgegengesteuert werden. Diese Haltung teilen Vertreter der liberalen und konservativen Fraktionen jedoch nicht und verhinderten entsprechende Forderungen. Gerade deshalb bleiben wir SozialdemokratInnen hier dran, damit am Ende nicht nur einige Wenige profitieren und die Belange der Arbeitnehmer auf der Strecke bleiben. □

Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

## ENERGIE

### Mieter-Strom kommt

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit ihrem Koalitionspartner darauf verständigt, dass noch in dieser Legislaturperiode ein gemeinsames Gesetz zum Mieterstrom auf den Weg gebracht wird.**

Damit ist der erste Schritt getan, dass auch MieterInnen endlich von der Energiewende profitieren. Johann Saathoff und der Pankower Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup, beide Berichterstatter für die SPD, zeigten sich nach den Verhandlungen erleichtert: „Das Ergebnis ermöglicht nun sinnvolle Lösungen im Quartier, die der Wohnungswirtschaft und den MieterInnen eine Beteiligung an der Energiewende ermöglichen. Sozial- und umweltpolitisch ist dies ein Meilenstein für uns SozialdemokratInnen! Gleichzeitig fördern wir die regionale Wertschöpfung, die sich auch auf Handwerksfirmen positiv auswirken wird.“

Als Mieter Strom von einer Photovoltaikanlage auf dem Hausdach zu beziehen, ist nur selten möglich – und bietet keine finanziellen Vorteile. Denn derzeit bezahlen Mieter, die Strom von der Solaranlage beziehen, die volle EEG-Umlage auf jede Kilowattstunde (kWh). Eigenheimbesitzer hingegen zahlen keine oder reduzierte Abgaben und Umlagen auf den selbst erzeugten Strom. PM □



# Einstieg in eine regulierte Legalisierung

SPD-Fraktion diskutierte Eckpunkte einer neuen Drogenpolitik von Rot-Rot-Grün



Thomas Isenberg: „Die neue Berliner Drogenpolitik muss die Menschen da erreichen und abholen, wo sie sind, also an deren konkreten Lebenswirklichkeiten anknüpfen.“ Foto: Joachim Gern

Einen wichtigen Meilenstein für eine gute, neue Cannabis- und Drogenpolitik in Berlin setzt der Berliner Koalitionsvertrag. Das wurde deutlich beim Fachdialog der SPD-Fraktion am 23. Februar im Berliner Abgeordnetenhaus. Mehr als 140 Expertinnen und Experten – teilweise aus ganz Deutschland angereist – diskutierten nicht mehr – so wie vor zwei Jahren – das „ob“, sondern nunmehr das „wie“ der Umsetzung der nächsten Schritte der neuen Cannabis- und Drogenpolitik in Berlin. Unter ihnen auch der Präsident der Berliner Ärztekammer, Dr. Günther Jonitz, sowie die Geschäftsführerin der Fachstelle Prävention des Landes Berlin, Kerstin Jüngling.

Im Koalitionsvertrag hat sich Rot-Rot-Grün zu folgenden Maßnahmen verpflichtet:

- Erarbeitet wird ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene und dessen gesetzliche Absicherung,

- Abgeschafft werden die so genannten Null-Toleranz-Zonen für den Besitz von Cannabis in der Stadt (z.B. in Parks),

- Mehr Prävention: Ausbau des „Aktionsprogramms Gesundheit“. Mehr Gelder für die Fachstelle für Suchtprävention, Projekte zur Förderung von Lebens-, Eltern- u. Risikokompetenzen, bspw. an weiterführenden Schulen sowie Fortbildungskonzepte zum Thema „Aufwachsen in einer Suchtfamilie“,

- Besonders riskanten Drogenkonsum wird vorgebeugt durch „Drug-Checking“,

- Weiterentwicklung von Drogenkonsumräumen und Hilfen auch in der Haft.

Unser Ziel: Die neue Berliner Drogenpolitik muss die Menschen da erreichen und abholen, wo sie sind, also an deren konkreten Lebenswirklichkeiten anknüpfen. Genau deswegen hilft die vorherrschende Kriminalisierung der Konsumenten auch nicht weiter – im Gegenteil: Sie verhindert den Zugang zur Prävention, so die einhellige Meinung aller Suchtexperten.

## KRIMINALISIERUNG DER KONSUMENTEN HILFT NICHT WEITER

Große Einigkeit bestand, dass es darauf ankommt, einerseits den Einstieg in eine „regulierte Legalisierung“ bei Cannabis konsequent zu beschreiten, andererseits parallel die bestehenden Instrumente der Präventionspolitik und Gesundheitsförderung bzw. Hilfestrukturen massiv auszubauen.

Beispiel Fachstelle für Prävention: Obwohl die Berliner Fachstelle für Suchtprävention laut Europarat im nationalen Vergleich zu den besten zählt, hat sie nur sechs Mitarbeiter, die in der Beratung tätig sind. Seit elf Jahren ist das Budget gleich geblieben. Im zukünftigen Doppelhaushalt werden wir deren Arbeit deutlich ausbauen. Nötig wären mindestens sechs weitere fachlich ausgebildete Mitarbeiter. Derzeit hat sie sechs Mitarbeiter, beispielsweise für Teams, die in die Schulen oder in Ausbil-

dingsstätten gehen. Auch eine mobile Suchtberatungsstelle, die selbst aktiv zu den potenziellen Konsumenten Kontakt aufnehmen könnte, wäre sinnvoll. Zudem werden wir im Aktionsprogramm Gesundheit ein eigenes Handlungsfeld Sucht aufbauen, in dem dann auch Projekte anderer Träger in Bezug auf die Prävention von stofflichen und nicht-stofflichen Süchten gestärkt werden können.

Begleitend wird das Abgeordnetenhaus noch in diesem Jahr die Leitplanken des wissenschaftlichen Modellprojekts der kontrollierten Cannabisabgabe an Erwachsene beschließen und die Senatsgesundheitsverwaltung beauftragen, entsprechende Details zu präzisieren. Beispielsweise gilt es zu klären, an wie vielen Orten die Abgabe erfolgt, wer genau Träger ist bzw. wie die Rolle der Gesundheitsämter oder gemeinnütziger Strukturen sein kann.

Auch das wissenschaftliche Begleitprogramm bzw. die Evaluation ist gründlich zu planen. Das alles wird sicherlich mindestens zwei Jahre benötigen, bevor dann der Antrag zur Umsetzung bei der zuständigen Bundesbehörde vom Land Berlin eingereicht werden kann.

## ABSCHAFFUNG DER SCHWARZEN-SHERIFF-POLITIK

Doch auch überregional ist die Vernetzung wichtig: Stephanie Dehne, die zuständige Sprecherin der SPD-Fraktion in Bremen, konnte über dortige Fortschritte berichten. Mit ihr gemeinsam werden wir das Netzwerk zwischen den Landesparlamenten vorantreiben, auch mit dem Ziel einer Bundesratsinitiative spätestens nach der Bundestagswahl.

Kurzfristig erwarte ich in Berlin, dass die für das Thema „Null-Toleranz-Zonen“ zuständigen Verwaltungen (Gesundheit/Inneres/Justiz) bis zur Sommerpause diese von der CDU eingeführte „schwarze Sheriff-Politik“ wieder abschaffen.

Dazu bedarf es nur eines „Federstrichs“ in einer Rechtsverordnung. Und schon wäre das erste Versprechen des Koalitionsvertrags erfüllt. Weitere, auch die Einführung von mobilen Drogenprüfständen (Drug-Checking), werden wir parlamentarisch in den nächsten Monaten aufgreifen. □

*Thomas Isenberg ist seit 2008 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.*

# Alles anders mit Rot-Rot-Grün!

## Die nächsten Schritte für eine erfolgreiche Energiewende in Berlin

**Energiewende und Klimaschutz sind zentrale Vorhaben von Rot-Rot-Grün. Ziel ist ein klimaneutrales Berlin, das aktiv die Energiewende gestaltet. Erste Gesetzesänderungen und parlamentarische Initiativen hat die Koalition dazu bereits im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht. Über die energie- und klimapolitische Agenda der neuen Dreier-Koalition wurde am 15. Februar im Bürgerbüro von Daniel Buchholz lebhaft diskutiert.**

Das Interesse war groß und die Plätze wurden schnell knapp. Selbst aus entfernten Berliner Bezirken und dem Brandenburger Umland hatten Interessierte den Weg in die Spandauer Siemensstadt gefunden, darunter auch Beschäftigte von Vattenfall und der Gasag.

Unter dem Motto „Energiewende in Berlin: Alles anders mit Rot-Rot-Grün?!“ stellten die Energieexperten der beiden Fraktionen Stefan Taschner (Grüne/Energetisch) und Daniel Buchholz (SPD) in ihren Eingangsstatements wesentliche Punkte aus dem Koalitionsvertrag und deren begonnene Umsetzung vor. Ganz oben auf der Agenda von R2G stehen der Ausbau des landeseigenen Stadtwerks, der Ausstieg aus der Kohlenutzung, die Rekommunalisierung der Gas- und Stromnetze sowie deutlich mehr Klimaschutz.

Für die Gas- und Stromnetze will die Koalition eine 100-prozentige Rekommunalisierung erreichen. Schließlich haben beide Monopolcharakter, sind wichtig für die Gestaltung der Energiewende und bieten Möglichkeiten für eine direkte Bürgerbeteiligung. Die Privatisierung der Netze vor rund 20 Jahren hat sich als falsch erwiesen und kann jetzt korrigiert werden. Gebraucht werden aber nicht nur gute Netze für die Stadt, sondern auch gute MitarbeiterInnen. Berlin will darum die Beschäftigten umfassend übernehmen.

„Wir müssen zügig aus der Kohle aussteigen, um unsere Berliner Klimaschutzziele zu erreichen und die Energiewende voranzubringen“, erklärte Daniel Buchholz. Der Fahrplan ist bereits im Koalitionsvertrag verankert: Die Verbrennung der besonders dreckigen Braunkohle soll in Berlin bereits 2017 enden, die von Steinkohle bis spätestens 2030. Selbst der Kraftwerksbetreiber Vattenfall hält das für machbar. Darum soll der Senat einen verbindlichen Ausstiegsplan mit dem



Daniel Buchholz: „Wir müssen zügig aus der Kohle aussteigen, um unsere Berliner Klimaschutzziele zu erreichen und die Energiewende voranzubringen.“  
Foto: Stephan Lenz

Versorger erarbeiten. Folgerichtig spricht sich R2G auch gegen den Aufschluss neuer Braunkohle-Tagebaue in Brandenburg aus. Wichtig bei diesen Plänen: Die Beschäftigten sollen eine Umstiegsperspektive erhalten, damit der Wandel unternehmens- und sozialverträglich gestaltet wird.

Bereits im Parlament auf den Weg gebracht ist das Ziel „Ein starkes Stadtwerk für den Klimaschutz“ durch eine Änderung des Berliner Betriebesgesetzes. Die Berliner Stadtwerke sollen zu 100 Prozent in öffentlicher Hand bleiben, umweltfreundlichen und bezahlbaren Strom für alle anbieten und kräftig in die energetische Gebäudesanierung investieren.

„Nach der langen Blockade durch die CDU wird jetzt das unsinnige Handelsverbot mit erneuerbarem Strom aufgehoben“, erläuterte Stefan Taschner. Richtschnur sind hier auch die Ergebnisse der überparteilichen Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ der letzten Legislaturperiode.

Das gilt gleichermaßen für das so genannte Divestment. Hier hat das Abgeordnetenhaus mit dem Beschluss vom Juni 2016 ein deutliches Zeichen für Nachhaltig-

keit gesetzt. Berlin ist einem (noch) ziemlich exklusiven Club an Städten beigetreten. Diese setzen ausschließlich auf ökologisch nachhaltige Finanzanlagen. Berlin macht damit einen wichtigen Schritt in Richtung klimaneutrale Stadt, folgt der Empfehlung der Enquete-Kommission und dem unermüdlichen Werben der Bürgerbewegung „Fossil Free Berlin“. Finanzsenator Kollatz-Ahnen hat sich die Strategie voll zu eigen gemacht, damit Berlin nicht mehr in die Bereiche Kohle, Öl, Gas sowie Kriegswaffen und Atomkraft investiert.

Sorge bereitete informierten BesucherInnen die Zukunft des Fernwärmenetzes nach Beendigung der Kohlenutzung. Hier stellten die Referenten klar, dass das Fernwärmenetz dekarbonisiert und technisch verändert werden soll, beispielsweise durch das Absenken der Vorlauftemperatur zur besseren Integration dezentraler Anlagen. Es werde aber weiterhin genug Wärme geben – oder wie Daniel Buchholz es formulierte: „Die Bude bleibt warm.“

Monika Götze □

**„Unsinniges Handelsverbot des Stadtwerks mit erneuerbarem Strom wird aufgehoben“**

**Die Privatisierung der Netze vor rund 20 Jahren hat sich als falsch erwiesen**

Daniel Buchholz ist seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung, Umwelt und Klima.



# Solidarität für die Kollegenschaft

Der erste Gewerkschaftskongress fand vom 14. bis 18. März 1892 in Halberstadt statt



1890 wird Carl Legien Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands – drei Jahre später zieht er für die SPD in den Reichstag ein. Foto: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung

Halberstadt liegt zwischen Magdeburg und dem Harz und ist vor allem durch seinen gotischen Dom bekannt geworden. Doch die circa 40.000 Einwohner zählende Kreisstadt besitzt für die deutsche Sozialgeschichte eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Hier fand vom 14. bis 18. März 1892 im „Odeum“ der erste allgemeine Gewerkschaftskongress statt, womit der steinige Weg vom Einzelbetrieb hin zur Einheitsgewerkschaft der Gegenwart geebnet wurde. Das Bismarcksche „Sozialistengesetz“ unterdrückte jede überlokale Initiative zur Interessenvertretung der Arbeiterklasse im Kaiserreich, lediglich Fachvereine auf örtlicher Ebene konnten sich betätigen. Sie organisierten vorwiegend handwerklich ausgebildete Arbeiter. „Unterstützungsvereine“ und „Unterstützungskassen“ waren ebenfalls unter dem „Sozialistengesetz“ von den Arbeitern gegründete Vereinigungen der Interessenvertretung, mit denen man das „Sozialistengesetz“ bis 1890 unterlaufen konnte.

**208 DELEGIERTE VERTRATEN  
RUND 303.000 ARBEITERINNEN**

Nach dessen Ende zum 1. Oktober 1890 galt es nun, unter den Bedingungen der Le-

galität, aber unter Beachtung des oft sehr restriktiven Vereinsrechts in den Bundesstaaten wie Sachsen, gewerkschaftliche Betätigung neu zu organisieren.

Schon am 16./17. November 1890 fand in Berlin in den „Arminhallen“ eine erste Konferenz führender Funktionäre der Gewerkschaften statt, die eine siebenköpfige „Generalkommission“ bestimmte und dieser den Auftrag zur Durchführung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses erteilte. Vorsitzender der Generalkommission wurde Carl Legien (1860-1920); auch Adolph von Elm (1857-1916) aus Hamburg und die Berliner Sozialistin und Frauenrechtlerin Emma Ihrer (1857-1911) gehörten ihr an.

Schon im Januar 1891 erschien erstmals das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unter der Ägide des legendären Gewerkschaftsvorsitzenden Carl Legien sowie „Die Arbeiterin“, herausgegeben von Emma Ihrer, die später auch mit Legien liiert war.

Am 14. März schließlich begann der Halberstädter Gewerkschaftskongress der

freien Gewerkschaften, den Vorläufern von ADGB und DGB. 208 Delegierte vertraten rund 303.000 organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter, davon galten 36 als „Lokalis-ten“, also als radikale Anhänger lediglich einer ortsbezogenen Gewerkschaftsorganisation. Diesen Konflikt galt es grundsätzlich zu entscheiden: Sollten die Gewerkschaften überregional aufgebaut werden, sogar bis hin zu Industrieverbänden, oder sollte der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aufgaben in lokaler Verantwortung liegen. Doch die Mehrheitsverhältnisse von 172 gegen 36 gaben die Richtung von vornherein vor. Legien machte dies in seinem Referat zur Organisationsfrage entsprechend deutlich.

## ÖFFNUNG DER GEWERKSCHAFT FÜR INDUSTRIEBEREICHE

Der von der „Generalkommission“ im April 1891 veröffentlichte Organisationsplan wurde auf dem Halberstädter Kongress abschließend diskutiert und zur Abstimmung gestellt. In der Hauptresolution des Kongresses zur gewerkschaftlichen Organisationsfrage hieß es unter anderem: „Der Kongress erklärt, daß die Zentralisation als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation am besten befähigt ist, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen, und empfiehlt allen Gewerken, welche bisher lokal organisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Zentralverbänden anzuschließen resp. solche zu bilden.“ Weiter bekräftigte die Resolution die Priorität des Industrieverbandes, wo die Verhältnisse dies zuließen,

ansonsten die Bildung von „Unionen“, z.B. Ortskartellen.

Weiterhin legte die Resolution Solidaritätsmaßnahmen für Arbeitskämpfe, für die Agitation und für die Streikkassen fest, empfahl die gemeinsame Erhebung z.B. von Arbeits- und Unfallstatistiken, zur Schaffung möglichst einheitlicher Pressestrukturen etc. Streiks und sonstige Formen des Arbeitskampfes

## „Streiks und sonstige Formen des Arbeits- kampfes blieben in der Verantwortung der Zentralvereine“

aber blieben in der Verantwortung der Zentralvereine; schon damals also wiesen die Einzelgewerkschaften dem Dachverband nur jene Kompetenzen zu, die sie selbst nicht leisten wollten oder nicht leisten zu können glaubten. Der Antrag der „Lokalis-

ten“, alle bisherigen Organisationsformen zu erhalten, also auch die lokalen Vereine, wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt, worauf die Unterlegenen den Kongress und die Strukturen der freien sozialistischen Gewerkschaften verließen.

Abschließend wählte der Kongress seine Generalkommission für die Dauer von zwei Jahren. Carl Legien wurde als Vorsitzender bestätigt, ebenso Adolph von Elm. Sitz der Generalkommission blieb zunächst Hamburg. Erst im Jahr 1902 verlegte sie ihren

Sitz nach Berlin ins von Leo Arons finanzierte Gewerkschaftshaus am Engelufer 15. Dieses nach damals modernsten Gesichtspunkten gebaute Prachtstück blieb Sitz des ADGB bis zum Gewerkschaftsverbot durch die Nazis am 2. Mai 1933.

Die Anregung, den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen, ging im Übrigen von Johannes Sassenbach (1866-1940), dem großen Berliner Gewerkschafter aus, wie er in seinen Erinnerungen über ein Gespräch mit Otto

Wels schrieb. Die Bedeutung des Halberstädter Kongresses indes liegt in dem Verdienst, durch die Öffnung der Gewerkschaftsorganisation für Industriebereiche, das gewerkschaftliche Handeln vom Einzelbetrieb auf die Branche und die Solidarität von der Fabrikhalle auf die Kollegenschaft insgesamt orientiert zu haben. □

*Holger Czitrich-Stahl  
ist Lehrer und Historiker.*

## BUCHTIPP

# Schrittmacher der Gesundheitspolitik

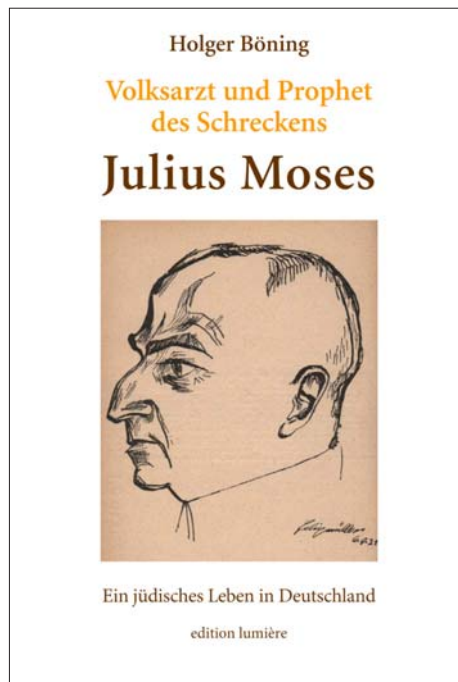
## Biografie über den Berliner Julius Moses – Volksarzt, Politiker und Jude

Ein vor dem Haus Bundesratsufer 9 verlegter Stolperstein erinnert seit 2003 an Dr. Julius Moses (1868-1942). Als „Schrittmacher der Gesundheitsreform“ hatte ihn 1975 Willy Brandt gewürdigt. Der Bremer Medienhistoriker Holger Böning hat 2016 eine umfassende, sehr lesenswerte Biografie über den sozial engagierten Arzt, SPD-Reichstagsabgeordneten und Publizisten verfasst. Er zeichnet hier prägnant den Lebens- und Leidensweg eines im Judentum und in der Gesundheitspolitik gleichermaßen aktiven Arztes mit Lebensmittelpunkt in Berlin nach.

### ANFANGS BEI DEN LIBERALEN

Moses kam 1868 in einer jüdischen Schneiderfamilie in Posen zu Welt, studierte in Greifswald Medizin und ließ sich Ende der 1890er Jahre als Arzt in den Arbeiterkiezen von Wedding und später in Moabit nieder. Hier lernt er die Wohnverhältnisse kennen, die von Kinderreichtum und Armut gekennzeichnet waren. Noch im Kaiserreich propagiert er die Empfängnisverhütung durch Aufklärung, eckt damit bei seinem Berufsstand wie bei der Obrigkeit an und zieht sich mit dem „Gebärstreik“ auch Widerspruch aus der Sozialdemokratie zu, insbesondere von Rosa Luxemburg und Klara Zetkin.

Sein politischer Weg hatte bei den Liberalen begonnen, denen er schließlich vorhielt, sie hätten sich zu sehr von Idealen von 1848 entfernt, fand zur Sozialdemokratie und gründete 1913 den sozialdemokratischen Ärzteverein. Böning rechnet ihn zu den Mitbegründern der USPD, beschreibt sein Wirken in den revolutionären Monaten 1918/19. Moses wird zu Beginn der Weimarer Republik Berliner Stadtverordneter und



*Holger Böning: Volksarzt und Prophet des Schreckens – Julius Moses. Ein jüdisches Leben in Deutschland, edition lumière, Bremen, 2016, 410 Seiten, 29,80 Euro.*

Foto: edition lumière

Mitglied des Reichstages, dort gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er plädierte für die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB, für humaneren Strafvollzug und wandte sich vehement gegen wissenschaftlich-medizinische Versuche an Menschen. Sein parlamentarisches Wirken, es dauerte bis 1932, gerät in Bönings Biografie leider etwas zu kurz.

Stärker zur Geltung kommt hier Moses' durchaus streitbares und vor allem publizistisches Wirken im deutschen Judentum, dem er mehr Bekennermut abverlangte. An

Moses' Biografie wird der Antisemitismus und seine zerstörerische gesellschaftliche Wirkung augenfällig. Böning zeichnet akribisch die Ausgrenzung der Juden in Deutschland an den Lebensumständen des Arztes nach. Nach den Nürnberger Rassengesetzen muss sich Moses von seiner Lebensgefährtin Elfriede Nemitz und dem gemeinsamen Sohn Kurt trennen, familiäre Zusammenkünfte finden heimlich statt, sein Lebensumfeld wird zunehmend kleiner. Ein kleiner Lichtblick sind für ihn die gelegentlichen Treffen mit dem einstigen Reichspräsidenten Paul Löbe.

Von 1935 bis zur Deportation in das KZ Theresienstadt lebt Julius Moses in einem sogenannten Judenhaus der Levetzowstraße 11 a. Am 7. Juli 1942 packt der sechzehnjährige Kurt Nemitz den Rucksack für seinen Vater zur Deportation. Krank und ausgehungert bringt Moses noch 79 Tage in Theresienstadt zu, bevor er an Entkräftung starb.

Holger Böning ist hier eine verdienstvolle Biografie gelungen über ein jüdisches Leben in Deutschland, sie entreißt eine heute weitgehend unbekannte Persönlichkeit dem Vergessen. Sie beschreibt auch die Anfeindungen, denen er als Arzt ausgesetzt war und wie vorschnell sein Berufsstand sich den Nationalsozialisten anempfohlen hat. Er ahnte noch vor 1933 die Ärzterolle bei der Euthanasie und warnte vor dem „Arzt als Vernichter“.

Bönigs Resümee über den Charakter des Nationalsozialismus: „Der Rassismus drang, wo dies nicht schon vor 1933 der Fall war, in alle Poren der Gesellschaft ein und vergiftete alle zwischenmenschlichen Beziehungen.“

Gunter Lange □



## Digitales Album der Arbeiterbewegung

Das Internet-Portal zur Geschichte von Arbeit, Gewerkschaftsbewegung und Mitbestimmung in Deutschland „Gewerkschaftsgeschichte.de“ hat sein kostenloses Angebot für Schule, Universität, Erwachsenenbildung und alle historisch Interessierten ausgebaut.

Unter anderem bietet es künftig noch mehr Video- und Tonclips mit Originalaufnahmen, hunderte Fotos aus zahlreichen Archiven sowie mehr als 100 historische Originaldokumente zum direkten Download. Neu sind auch die beiden Filme, die das Portal in weniger als 40 Sekunden vorstellen.

Entwickelt hat das Info-Angebot die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zahlreiche Museen und Archive haben Bildmaterial zur Verfügung gestellt. Von Dampfmaschine und Kinderarbeit bis zu den Herausforderungen durch Globalisierung und Digitalisierung – wie sich Arbeitswelt, Wirtschaft, soziale Situation und Arbeiterbewegung in Deutschland entwickelt haben, wird auf dem Portal multimedial und interaktiv erfahrbar.

### LEBENSGESCHICHTE VON MEHR ALS 80 GEWERKSCHAFTERINNEN

Laien finden einfache, kurze Einstiege und anschaulich geschriebene Überblicksartikel zu jeder Epoche seit 1830. Fachleute und stärker Interessierte können vertiefend sehr detaillierte Informationen zu den einzelnen historischen Phasen und politischen Aspekten der Epoche abrufen.

Die Ereignisse der Gewerkschaftsentwicklung sind in knappe Rahmentexte eingebunden, die den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund beleuchten. Bilderstreifen erzählen Kurzgeschichten vom Wandel der Arbeitswelt, stellen etwa die Wohnsituation von Arbeiterfamilien im Laufe der Jahrhunderte dar, zeigen die Frauenerwerbstätigkeit auf ihrem „langen Weg zur Anerkennung“ oder präsentieren Plakate aus der Gewerkschaftsgeschichte zwischen Kunst und Kitsch.

Die Rubrik „Nachschlagen“ erlaubt einen direkten Zugriff auf die Lebensgeschichten von mehr als 80 Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, bietet eine ausführliche Chronik seit 1830, ein Glossar, Statistiken und eine Fülle weiterer Informationen aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

PM □

# Der erste Netzwerker

Porträt über den hochkarätigen Forscher von Humboldt

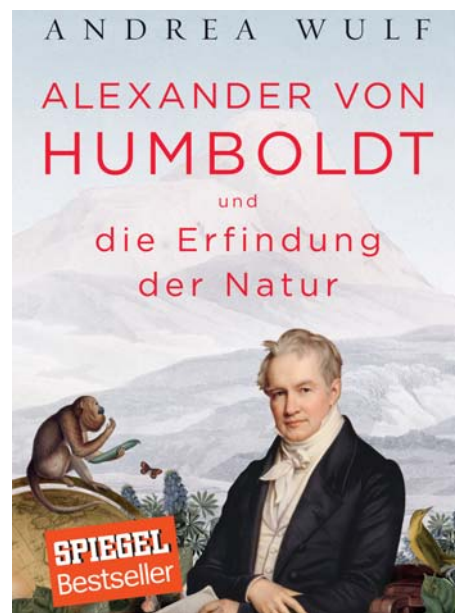
In die Beletage des Berliner Schlosses soll eine Humboldt-Akademie einziehen, haben jüngst die drei „Chefs“ des Humboldt-Forums, Horst Bredekamp, Neil MacGregor und Hermann Parzinger, verlauten lassen. Die Humboldt-Box verknüpft den Humboldt-Strom vor der südamerikanischen Küste mit dem Klimawandel unserer Tage. Viel Humboldt in dieser Zeit – wohl zu Recht. Alexander und Wilhelm von Humboldt dürfen sich zu den genialsten Bürgern dieser Stadt zählen. Die Historikerin Andrea Wulf präsentiert nunmehr mit einer Biografie über Alexander von Humboldt (1769-1859), den berühmten Sohn der Stadt, der das preußische Berlin wegen des politischen – an Liberalität mangelnden – und des meteorologischen Klimas nicht sonderlich mochte.

Die Autorin präsentiert hier einen hochkarätigen Forscher, der nachhaltig die gesamte Naturwissenschaft prägte und im 19. Jahrhundert viele Gelehrte beeinflusste. Sie verweist im Untertitel „die Erfindung der Natur“ auf Humboldts Erkenntnis von den Wirkungszusammenhängen der Natur.

Wulf zeichnet in der Biografie auch den politischen Alexander von Humboldt, der mit Georg Forster die Französische Revolution bejubelte, vehement gegen Sklaverei argumentierte, Kolonialismus kritisierte und nicht zuletzt aufgrund der Freundschaft zu Simon Bolivar auch Befreiungskriege befürwortete, den später diktatorisch regierenden Bolivar aber kritisierte.

Alexander von Humboldt plagte seit seinem ersten Aufenthalt in London 1790, damals begleitet von Forster, lebenslang Fernweh, gepaart mit dem unbändigen Drang die Welt zu verstehen, zu vermessen und sie zu dokumentieren. Legendar sind seine Berichte über seine Südamerikareise (1799-1804) mit dem neuen Genre des Naturgemäldes des Chimborazzo, mit dem er seine Erkenntnisse über Fauna, Flora, Höhen und Klimazonen illustrierte.

Die Historikerin Andrea Wulf verweist darauf, dass Humboldt nach seiner Russlandreise 1829 auf die Veränderungen der Umwelt durch Raubbau, Abholzen von Wäldern, rücksichtslose Bewässerung und Monokulturen sowie Entwicklung von großen Dampfmaschinen in der Industrie Klimafolgen befürchtete.



Andrea Wulf, *Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur*, C. Bertelsmann Verlag, München, 2016, 560 Seiten, 24,99 Euro, ISBN-13: 978-3570102060

FOTO: Bertelsmann

### Andrea Wulf zeichnet in der Biografie auch den politischen Alexander von Humboldt

Humboldt war, das macht diese Biografie deutlich, der erste Netzwerker. Seine Verbindungen zu einflussreichen Persönlichkeiten, Forscher wie auch Politiker, haben sich in einem unüberschaubaren Fundus an Briefen und Dokumenten, auf die Wulf im Anhang hinweist, niedergeschlagen. Humboldt war reich an persönlichen Kontakten, aber Reichtümer hat er trotz seiner zahlreichen Bücher nie erworben, zumeist war er verschuldet, so auch, als er am 6. Mai 1859

im Alter von 89 Jahren in seiner Wohnung in der Oranienburger Straße 67 starb.

Andrea Wulfs Biografie über Alexander von Humboldt präsentiert einen Universalgelehrten, der sein Wissen möglichst vielen vermittelte, in Büchern und nicht zuletzt in seinen „Kosmos-Vorlesungen“ in Berlin.

Die Autorin hat hier in dankenswerter Weise und zuweilen recht ausführlich auf jene Naturwissenschaftler und Persönlichkeiten hingewiesen, die von Humboldt stark beeinflusst wurden. Sie geht damit über den Rahmen einer üblichen Biografie hinaus. Dem Buch, das sich auch durch anschauliche Schilderungen auszeichnet, ist ein großer Leserkreis zu wünschen.

Gunter Lange □

Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten.

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
die nächste Ausgabe der  
Berliner Stimme erscheint am  
25. März 2017.



## TERMINE

**8. März, 10 Uhr:** Frauenfrühstück zum Internationalen Frauentag mit der Bundestagsabgeordneten aus Mitte Eva Högl und Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA aus Wedding. Veranstaltungsort: AWO-Freizeitstätte „Schillerpark“ Barfussstraße 22/24, 13349 Berlin.

**18. März, 14 bis 19 Uhr:** Veranstaltung des Fachausschusses Internationale Politik zum Thema „Wege zum Frieden in Afghanistan“. Anmeldung werden bis 10.03. an das Afghanistan-Komitee erbeten, E-Mail: rahimsafi@t-online.de, Veranstaltungsort: Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

**22. März, 19 bis 21.30 Uhr:** Veranstaltung der SPD Friedrichstadt zum Thema „Mut für Europa“. Zu Gast ist der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen. Es moderiert Jan Stöß. Veranstaltungsort: Meisterstück, Hausvogteipl. 3, 10117 Berlin.

## BÜRGERSPRECHSTUNDEN

**13. März, 17.30 Uhr bis 18.30 Uhr:** Bürgerprechstunde des Charlottenburger Abgeordneten Frédéric Verrycken, Anmeldungen telefonisch unter 030/52131970, Adresse: Taurogener Straße 45, 10589 Berlin.

**13. März, 15 Uhr bis 18 Uhr:** Bürgersprechstunde des Neuköllner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu, Anmeldungen telefonisch unter 030/568 21 111, Adresse: Lipschitzallee 70, 12353 Berlin.

**16. März, 15 bis 16 Uhr:** Ralf Wieland, Mitglied des Abgeordnetenhauses aus Gesundbrunnen/Wedding, Sprechstunde im Bürgerbüro, Adresse: Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Behmstr. 11, 13357 Berlin.

**16. März, 14 bis 17.30 Uhr:** Wahlkreisprechtag des Pankower Bundestagsabgeordneten Klaus Mindrup. Anmeldung per E-Mail an: klaus.mindrup.ma02@bundestag.de Adresse: Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin.

**22. März, 17 bis 18 Uhr:** Bürgersprechstunde der Lichtenberger Abgeordneten Karin Halsch, Adresse: Am Berl 13, 13051 Berlin.

**23. März, 16 bis 17 Uhr:** Sprechstunde der Wilmersdorfer Abgeordneten Franziska Becker, Adresse: Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

## AUGUST-BEBEL-INSTITUT

## Genossenschaften

Das August-Bebel-Institut bietet am 11. März von 10 bis 17 Uhr ein Seminar zum „genossenschaftlichen Wirtschaften“ an.

Seit vielen Generationen organisieren sich Menschen nach dem Motto „Gemeinsam mehr erreichen“ und gründen Genossenschaften. Diese wirtschaften zum Nutzen der Mitglieder, nicht für den Profit. Das Seminar möchte eine Einführung in die Praxis genossenschaftlichen Wirtschaftens geben, die Besonderheiten dieser demokratischen Rechtsform vorstellen, sowie Probleme und Lösungsmöglichkeiten diskutieren. PM □

Ort: Müllerstraße 163, 13353 Berlin

## FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

## Frauen-Barcamp

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet am 11. März von 11 bis 18 Uhr zum 7. Mal das Frauen Barcamp.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Frauenrat, den Online-Magazinen „Edition F“ und „Aviva“ sowie den Initiativen „Pinks stinks“ und „Wer braucht Feminismus?“ statt. Wie jedes Jahr bietet das Barcamp auch Raum für Themenvorschläge jenseits des aktuellen Schwerpunktthemas. Anmeldung unter: <http://barcampfrauen.de> PM □  
Veranstaltungsort: Kalkscheune, Johannisstraße 2, 10117 Berlin

## BUNDESPARTEITAG

## Aufbruch

Die SPD kommt am 19. März ab 11.30 Uhr in der Arena Berlin zu einem außerordentlichen Bundesparteitag zusammen.

Nach der Ankündigung Sigmar Gabriels den Parteivorsitz vorzeitig niederzulegen, wird auf dem Parteitag ein neuer Vorsitzender gewählt. Zur Wahl steht der bisherige Europapolitiker Martin Schulz, der von den Delegierten auch zum Spitzenkandidaten für die kommende Bundestagswahl am 24. September gekürt werden soll. Außerdem wird der oder die Verantwortliche des Parteivordandes für die Europäische Union neu gewählt, da Schulz dieses Amt bisher inne hatte. PM □

Ort: Arena Berlin, Eichenstraße 4, 12435 Berlin

## KULTURTIPP

Mit einer Gründungsversammlung am 19. Mai 1945 hatte der Magistrat in Berlin seine Arbeit aufgenommen. Fotografisch dokumentiert von Eva Kemlein (1909-2004), Fotografin der „Berliner Zeitung“ der ersten Stunde. Von 1942 bis 1945 lebte die jüdische Fotografin im Berliner Untergrund und rettete ihre Kamera. Sie fotografierte, wie Frauen aus Stahlhelmen Kochtöpfe formten. Ein zweites Leben.



Als das Berliner Stadtschloss 1950 gesprengt wurde (Foto), dokumentierte sie den Vorgang in rund 3 000 Fotos. Über Jahrzehnte fotografierte sie in der Berliner Theaterwelt – in Ost- und West-Berlin. Das Centrum Judaicum widmet ihr eine kleine Ausstellung, zeigt Fotos von Bert Brecht, Helene Weigel, Theateraufnahmen mit Hilmar Thate, Szenenfotos von Peter Weiss' Stück „Die Ermittlung“, aufgeführt 1965 im West- wie im Ostteil der Stadt.

Die Ausstellung ist bis zum 30. April 2017 im Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28/30 zu sehen, geöffnet, Sonntag bis Freitag, Eintritt 3,50 Euro. Gunter Lange □

## Berliner Stimme

## Herausgeber:

SPD Landesverband Berlin

Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin

## Redaktion:

Christina Bauermeister (V.i.S.d.P)

Tel: 030-4692 150

Fax: 030-4692 240

E-Mail: berliner.stimme@spd.de

Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

## Abo-Service: Jürgen Thomas,

Tel: 030-2130 870, E-Mail:

berliner.stimme@wegewerk.de

Abonnementpreis: 28 Euro pro Jahr

(bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro

pro Jahr bei Zustellung per Post

## Druckerei:

KORRekt Mailingservice Berlin

## Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin**

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin** oder per Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de)

# Verlassene Orte – verlassene Zukunft?

Ausstellung von Daria B. bis zum 31. März im August-Bebel-Institut



Der Spreepark im Plänterwald wurde 1969 als einziger Freizeitpark der DDR eröffnet – seit 2002 liegt das Gelände brach. 2014 wurde das Gelände vom Land zurückgekauft. Foto: Daria B.

Wer kennt sie nicht? Fabrikhallen, Bahnhöfe, Schwimmbäder oder Krankenhäuser, die seit Jahren vor sich hinstammeln, die niemand mehr braucht oder jedenfalls keiner finanzieren kann. Sie passen so gar nicht in die wachsende und sich ständig erneuernde Metropole Berlin. Was soll damit passieren? Wem gehören sie? Werden sie abgerissen und neu bebaut? Oder können sie erhalten und restauriert werden? Diesen Fragen geht die Ausstellung von Daria B. nach.

Wie sie sind versprühen verlassene Orte einen morbiden Charme, in den sich die Fotografin Daria B. verliebt hat. Sie geben ihr innere Ruhe für die Seele und Gelegenheit, der hektischen Welt zu entfliehen. Sie sucht verlassene Orte auf und fotografiert sie, auch um die Vergangenheit historischer Gemäuer zu erfahren und den alten Spuren, von dem was einmal war, zu folgen und sie wieder ans Licht zu bringen. Dazu gehört das Projekt „Schönheit gegen Verwahrlosung“.

Das Begleitprogramm thematisiert u.a. den Mauerpark zwischen Wedding und Prenzlauer Berg. Auch die Liegenschaftspolitik des neuen Berliner Senats wird unter die Lupe genommen. Welchen Einfluss hat das Land? Was soll mit den Orten passieren? Wo sollen Wohnungen gebaut werden, was wird restauriert? Das wird mit dem Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen diskutiert, der die Politik des Senats aus erster Hand erklärt.

### Donnerstag, 9. März, 19 Uhr

Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer beginnen die BürgerInnen eigenmächtig mit der Begrünung eines Teils des ehemaligen Grenzstreifens zwischen den Bezirken Prenzlauer Berg und Wedding. Die folgenden 25 Jahre wird um die Fertigstellung des Parks gerungen. Die detaillierte Rekonstruktion des Verfahrens anhand politischer Protokolle, Zeitungsartikel und Bebauungspläne führt geradewegs an die Grenzen der Begriffe „Teilhabe“ und „repräsentative Demokratie“. Mit Judith Laub (Kul-

tur- und Politikwissenschaftlerin) und dem Künstler Heimo Lattner. Anmeldung unter [anmeldung@august-bebel-institut.de](mailto:anmeldung@august-bebel-institut.de)

### Freitag, 24. März, 19 Uhr

Liegenschaften sollen nicht mehr nur dem Zweck dienen, mit Maximalerlös verkauft zu werden, sondern der Entwicklung von Lebensqualität. So sieht es der Koalitionsvertrag für den neuen Berliner Senat vor. Wie wird der Senat in Zukunft mit den verlassenen Orten umgehen? Mit Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen und Andrea Hofmann von der Initiative Haus der Statistik. Um Anmeldung wird gebeten.

Weitere Informationen:

[www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de)

## NOTIZEN

- Mit 12 Stimmen Vorsprung bzw. 223 Gesamtstimmen setzte sich der ehemalige Kulturstaatssekretär **Tim Renner** in der Mitgliederbefragung des Kreises Charlottenburg-Wilmersdorf zur Bundestagskandidatur vor seiner stärksten Mitbewerberin **Ulker Radziwill** (211 Stimmen) durch. Renner konnte jedoch nicht die notwendige absolute Mehrheit erzielen. Die Entscheidung zwischen Renner und Radziwill fällt bei der SPD-Kreisvertreterversammlung am 17. März.

- In Mitte ist die Bundestagsabgeordnete **Eva Högl** am 24. Februar zum dritten Mal von der Wahlkreis-Konferenz zur Direktkandidatin nominiert worden. 90,4 Prozent der Delegierten votierten für sie. Die Delegierten schlugen Högl gleichzeitig für Listenplatz 1 der Berliner Landesliste vor. **chb** □